

## Militärbischof nicht prinzipiell gegen Kampfdrohnen

**Berlin/Detmold** (epd). Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann teilt die prinzipielle Kritik an einer Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr nicht.

In einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) forderte er, auch den Schutz der Soldaten in den Blick zu nehmen. »Als Soldat würde ich erwarten, dass mein Dienstherr mir in lebensbedrohlichen Situationen größtmöglichen Schutz angedeihen lässt«, sagte Dutzmann, der das Amt des Militärbischofs Mitte Juli abgibt.

Der scheidende Militärbischof forderte die Bundesregierung auf, die Risiken beim Einsatz von Kampfdrohnen möglichst genau zu beschreiben und genaue Einsatzregeln aufzustellen. Um Missbrauch vorzubeugen, sei eine ethische Schulung der Soldaten unabdingbar, sagte der Theologe. Hier sieht er auch eine Aufgabe für den Lebenskundlichen Unterricht der Militärseelsorger. Dutzmann ist seit 2013 Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin und Brüssel. Zuvor war Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche.

Zugleich machte der Militärbischof aber völkerrechtliche Bedenken geltend: »Wenn eine Drohne weit entfernt vom Kriegsort abgefeuert wird, holt man sich den Krieg in das Land, aus dem die Drohne gesteuert wurde«, sagte er. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte sich für Kampfdrohnen ausgesprochen.

*epd-Gespräch: Barbara Schneider*

### KIRCHEN

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28\_2014 Seite \_6

### Bundeswehr-Debatte:

## Evangelischer Militärbischof nimmt Gauck in Schutz

**Siegen/Detmold** (epd). Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann hat Bundespräsident Joachim Gauck in der Diskussion über eine deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen in Schutz genommen. Konflikte und Kriege blieben eine Realität, sagte Dutzmann am Freitagabend in Siegen. Für den Schutz von Opfern könne eine Intervention auch nach Überzeugung der großen Kirchen friedensethisch begründet sein - »im äußersten Fall auch mit militärischer Gewalt«, erklärte der Theologe laut Redetext.

Nichts anderes habe auch Gauck kürzlich gesagt, sagte der Militärbischof, der das Amt Mitte Juli abgibt.

Bundespräsident Joachim Gauck hatte jüngst seine Forderung nach einem stärkeren Engagement Deutschlands in internationalen Konflikten bekräftigt, zugleich aber den Vorrang für friedliche Lösungen betont. Dabei hatte er ausdrücklich militärisches Engagement nicht ausgeschlossen und war damit auf Widerspruch auch von Theologen gestoßen.

Forderungen nach Übernahme von mehr Verantwortung in der Welt würden Christen vor allem nichtmilitärisch interpretieren, erklärte Dutzmann in einem Vortrag auf einer internationalen Konferenz über Kirchen und Krieg. Sie träten für Gerechtigkeit und Recht auf der ganzen Welt ein und machten sich für ausreichende Mittel für Gewaltprävention stark. Angesichts eines besorgniserregenden Zustandes der Welt reiche es nicht aus, bei der Ächtung des Krieges stehenzubleiben. Nötig sei eine positive Vorstellung, was Frieden bedeute. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) habe das in Ihrer Friedensdenkschrift im Jahr 2007 dargestellt.

Militärische Gewalt allein schaffe jedoch keinen gerechten Frieden, unterstrich Dutzmann. Sie verschaffe bestenfalls der Politik die notwendige Zeit, mit den zivilen Mitteln einen gerechten Frieden zu ermöglichen. »Nur in der Kooperation mit zivilen Friedensdiensten

kann ein militärischer Einsatz erfolgreich sein.« Deshalb müssten dazu auch die nötigen Mitteln für zivile Friedensarbeit zur Verfügung stehen.

Die Konferenz befasst sich bis Sonntag an der Universität Siegen mit dem Thema »Der Erste Weltkrieg und die reformierte Welt«. Dutzmann ist seit 2013 Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin und Brüssel. Zuvor war Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche mit Sitz in Detmold.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28\_2014 Seite \_7

## »Kirche hat den Krieg religiös überhöht«

### Drei Fragen an den hannoverschen Landesbischof Meister zum Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren

**Hannover** (epd). Nach dem tödlichen Attentat auf den Thronfolger von Österreich-Ungarn vor 100 Jahren verstrickten sich die europäischen Mächte in einen Weltkrieg, der vier Jahre dauern sollte. Der evangelische hannoversche Landesbischof Ralf Meister hat sich intensiv mit der Rolle der Kirche damals auseinandergesetzt.

*epd: Vor 100 Jahren hat die evangelische Kirche die allgemeine Kriegsbegeisterung unterstützt und auch aktiv geschürt. Wie sah das konkret aus?*

**Meister:** Aus heutiger Sicht ist es bestürzend: Weite Teile der evangelischen Kirche haben den Krieg begrüßt.

Von der Ehre, für das Vaterland zu kämpfen, war damals viel die Rede, auch von der Ehre, für das Vaterland zu sterben. Und Gott sollte diesen Kampf und diese Ehre segnen. »Mit Gott in den Krieg!«: Diese Haltung wurde von Teilen der evangelischen Kirche in bischöflichen Stellungnahmen, in Kirchenzeitungen, vor allem aber in Predigten zum Ausdruck gebracht - heute völlig undenkbar.

Predigten erreichten damals alle Volksschichten und waren für viele eine der zentralen Quellen, sich über den Krieg und seine Begründung zu informieren. Die Kirchen nahmen in dieser Zeit die Funktion nationaler Sinndeutungsagenturen ein. Mit einer nationalistisch gefärbten Opfertheologie verliehen sie den Soldaten Märtyrerstatus. Das unermessliche Leid des Krieges wurde so überblendet.

*epd: Wie konnte es soweit kommen?*

**Meister:** Aus Sicht der politischen Führung war die Pastorenschaft in besonderer Weise durch ihr Amt geeignet, diese national-religiöse Deutungsleistung zu unternehmen. Das Bündnis von Thron und Altar war eng. Nach Meinung mancher Historiker gab es keine gesellschaftliche Gruppe, die die Kriegsanstrengungen mit größerer Entschlossenheit unterstützt haben als die Landeskirchen.

Sie erhofften sich auch einen institutionellen Gewinn: Hatten die Kirche und der christliche Glaube in den Jahren zwischen 1871 und 1914 an öffentlichem Zuspruch verloren, so hoffte man durch den nationalen Geist von 1914 wieder zu einer starken Volkskirche zu werden. Dies hat sich nur zeitweise eingelöst: Schon 1915 nahmen die nationalistisch-religiöse Erweckungsbewegung und der Kirchenbesuch wieder ab.

*epd: Heute gibt sich die Kirche pazifistisch. Welche Lehren hat sie aus dieser Zeit gezogen?*

**Meister:** Unsere Kirche hat lange gebraucht, bevor sie sich aus ihrer Kriegsbegeisterung befreite. Zwei Weltkriege und unzählige andere kriegerische Auseinandersetzungen brauchte es, um endlich ganz deutlich den radikalen Auftrag zum Frieden im Leben Jesu zu lesen: Krieg ist ein grausames Verbrechen, und wir müssen alles tun, um den Frieden zu erhalten. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges löste sich die Verbindung von Thron und Altar, auch wenn sich die Verbindung von Kirche und Staat erst nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig löste. Erst nach den Katastrophen der beiden Weltkriege gelang es der

## **Streit über Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr**

### **Von der Leyen befürwortet Anschaffung zum Schutz der Soldaten - Brahms dagegen**

**Berlin** (epd). Die Forderung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) nach Kampfdrohnen für die Bundeswehr hat eine hitzige Debatte in Politik und Gesellschaft ausgelöst. Im Bundestag warf die Linksfraktion der Ministerin vor, Abgeordnete und Öffentlichkeit überrumpelt zu haben. Verteidigungspolitikerin Christine Buchholz (Linke) forderte, von den Plänen Abstand zu nehmen. »Wer Kampfdrohnen einsetzt, nimmt den Tod Unschuldiger in Kauf«, sagte sie. Zudem lehne die Mehrheit der Bevölkerung die Technologie, bei der kein Soldat an Bord des Flugzeugs ist, ab. Von der Leyen verteidigte vor den Parlamentariern ihre Position. Die Ministerin argumentierte mit dem Schutz der deutschen Soldaten. Sie nähmen viele Gefahren auf sich.

Aufgabe der Politik sei es, ihnen die nötige Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Teil dieser Ausrüstung könnten auch bewaffnungsfähige Drohnen sein. »Die sollten wir ihnen nicht verwehren«, sagte von der Leyen.

Die Ministerin betonte zudem, dass gezielte Tötungen durch Drohnen außerhalb von Kriegsgebiet, wie sie beispielsweise die USA praktizieren, für Deutschland nicht denkbar seien. Als Beispiel für einen möglichen Einsatz nannte von der Leyen die Absicherung eines Bundeswehr-Konvois durch unübersehbares Gelände. Zudem betonte sie, dass auch bei einer bewaffneten Drohne immer ein Mensch über das Auslösen der Waffen entscheide. Es gehe nicht um ein autonomes System.

Dies befürchtet aber die Opposition. Die Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger warnte, mit der Anschaffung bewaffneter Drohnen würde die »Büchse der Pandora« geöffnet. Am Ende könnte man sich in einem Science-Fiction-Szenario wiederfinden, »in dem Maschinen und nicht Menschen über Leben und Tod entscheiden«, sagte sie.

Indes ist von der Leyens Position offenbar bereits Konsens in der Bundesregierung. Die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz sagte am Mittwoch in Berlin, es gebe bei diesem Thema eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der Verteidigungsministerin.

Auch SPD-Abgeordnete sprachen sich für den Einsatz in der Bundeswehr aus.

Verteidigungsexperte Rainer Arnold sagte, auch wenn man den Nutzen von Drohnen nicht überhöhen dürfe, könnten sie »ein Segment zum Schutz von Soldaten« sein. Ähnlich äußerte sich Wolfgang Hellmich (SPD). Drohnen seien aber abzulehnen, wenn nicht Menschen dahinter die Entscheidung trafen, sagte Hellmich.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte forderte am Rande der Debatte im Bundestag, einen eventuellen Einsatz von bewaffneten Drohnen transparent zu machen und vom Parlament kontrollieren zu lassen. Wie die Entsendung von Soldaten müsse der Einsatz vom Bundestag beschlossen werden, sagte Wolfgang Heinz vom Menschenrechtsinstitut.

Von der Leyen sicherte im Bundestag zu, dass über jeden Drohnen-Einsatz - bewaffnet oder unbewaffnet - im Einzelfall entschieden werde.

Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, ist grundsätzlich gegen einen Einsatz von Kampfdrohnen in der Bundeswehr.

»Nach Abwägung aller Argumente stehe ich den Kampfdrohnen ausgesprochen kritisch gegenüber und lehne eine Anschaffung ab«, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd). Als starkes Argument für die bewaffneten Drohnen werde immer wieder der Schutz der Soldaten genannt. »Für mich ist der beste Schutz unserer Soldaten aber, sie nicht in militärische Einsätze zu schicken, in denen sie bewaffneter Drohnen bedürfen«, sagte Brahms.

## **Württemberg**

### **Kritik an Kampfdrohnen in Landessynode**

**Stuttgart** (epd). Der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Frank Otfried July, hat sich im Streit um die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr für mehr Friedensanstrengungen ausgesprochen.

Man müsse aus der »Logik militärischer Konfliktbearbeitung« herauskommen, forderte July am 4. Juli in Stuttgart vor der württembergischen Landessynode. Es habe sich eingeschlichen, schwierige Konflikte militärisch zu lösen, anstatt sie gar nicht aufkommen zu lassen.

Ethische Kritik an unbemannten Kampfdrohnen hält July allerdings für übertrieben. »Ob es einen höheren Tugendgrad hat, wenn ein Bomberpilot im Flugzeug sitzt, ist fraglich«, sagte der Theologe. Konflikte wie in Ruanda, Sudan und Nigeria zeigten, dass man auf militärische Polizeigewalt wie bei Blauhelmeinsätzen als allerletztes Mittel nicht verzichten könne.

Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms hatte sich zuvor gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr ausgesprochen, während der scheidende evangelische Militärbischof Martin Dutzmann die prinzipielle Kritik an einer Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen nicht teilt.

## **Umfrage**

### **Mehrheit gegen Anschaffung von Kampfdrohnen**

**Köln** (epd). Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist einer Umfrage zufolge gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit bewaffnungsfähigen Drohnen. Wie aus dem am 3. Juli veröffentlichten ARD-Deutschlandtrend hervorgeht, sehen 64 Prozent der wahlberechtigten Bürger die von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) befürwortete Anschaffung von sogenannten Kampfdrohnen sehr kritisch. 30 Prozent sind dafür.

Für die Umfrage wurden am Montag und Dienstag bundesweit 1.005 Deutsche ab 18 Jahren befragt. Von der Leyen hatte sich am Mittwoch im Bundestag für die Ausstattung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausgesprochen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28\_2014 Seite \_17

## **Netzwerk für Demokratie und Courage an Schulen**

**Düsseldorf** (epd). Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) hat im laufenden Jahr bereits 580 erfolgreiche Einsätze an Schulen absolviert. Das Netzwerk wolle mit seiner Arbeit Mut machen, »damit sich mehr Menschen trauen, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung aktiv zu werden«, erklärte NDC-Geschäftsführer Andreas Stäbe am 3. Juli in Düsseldorf. Zugleich wolle man mit den ehrenamtlichen Teamern des Netzwerks sowie Schülern und Lehrern über Vorurteile, Ängste und Themen sprechen, die ihnen im Alltag begegnen.

Der Verein bildet bundesweit Ehrenamtliche als Teamer aus und führt an Schulen, in Bildungseinrichtungen und Jugendverbänden Projektstage und Seminare durch.

Thema ist dabei auch Zivilcourage und Unterstützung von Betroffenen von Diskriminierung. In NRW wurden bis zum 30. Juni 73 Projektstage umgesetzt. Das Netzwerk bietet auch Fortbildungen für Lehrkräfte und Jugendverbände.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28\_2014 Seite \_21

# Im Trommelfeuer der Schlagzeilen

## Deutsches Zeitungsmuseum präsentiert Schau über Ersten Weltkrieg

**Saarbrücken** (epd). Das Deutsche Zeitungsmuseum widmet dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren seit Samstag eine Sonderausstellung. In der Schau »Euphorie und Untergang - Im Trommelfeuer der Schlagzeilen:

Der Erste Weltkrieg« werden unter anderem Zeitungen und andere Veröffentlichungen aus der Zeit von 1914 bis 1918 präsentiert, wie das Museum am Donnerstag ankündigte. An mehreren Stationen solle den Besuchern sowohl die Kriegsverherrlichung in Teilen der Bevölkerung vermittelt werden wie auch der Alltag an der Front, wo Millionen den Tod fanden.

Unter dem Motto »Weg in die Dunkelheit« dokumentieren Titelseiten großer deutscher Zeitungen die Krise und den Kriegsbeginn. In der Themeneinheit »Im Kriegsieber« wird die Rolle von Intellektuellen im Krieg anhand von unterschiedlichen Texten namhafter Schriftsteller wie Thomas Mann, Ernst Jünger, Karl Kraus oder Erich Maria Remarque beleuchtet. »Vom Leben an der Front« künden in einer Abteilung Originalexemplare sogenannter Armee und Schützengrabenzeitungen.

In dem Bereich »Blut, Schweiß und Schlamm« geht es um die Kriegserlebnisse und -erinnerungen des saarländischen Bergmanns Heinrich Gehring. Der aus dem damals bayerischen St. Ingbert stammende Gehring wurde wegen seines Berufs unter den Schützengräben eingesetzt, um im Untergrund Stollen in Richtung der feindlichen Linien zu treiben. Die Tunnel dienten dazu, sie nach Vollendung mit Sprengstoff zu füllen und in die Luft zu jagen.

Das Museum sei mit diesen Zeitdokumenten gut bestückt, erklärte Direktor Roger Münch. Daher habe es sich zum Jahrestag angeboten, diese »Schätze« für zeitgeschichtlich interessierte Menschen in einer eigenen Schau zugänglich zu machen. Ergänzt wird die Schau mit »Karikaturen des Grauens«, Ausrüstungsgegenständen, Orden und medizinischen Geräten. Die Ausstellung wird bis 19. Oktober gezeigt.

## »14/18 - Die Welt in Brand«

### Theatercollage zum Ersten Weltkrieg auf Zollverein Essen (epd).

Unter dem Titel »14/18 - Die Welt in Brand« ist auf dem Gelände der Kokerei Zollverein in Essen eine multimediale Theatercollage zum Ersten Weltkrieg zu sehen. Dabei geht es nach Angaben der Veranstalter darum, wie sich zeitgenössische Künstler mit dem Geschehen auseinandergesetzt haben und auf welche Weise die heutige Generation sich im Zeitalter von Internet und Twitter ein Bild von den Schreckereignissen des Krieges macht. Nach der Premiere am Mittwoch (2. Juli) stehen nun noch fünf weitere Aufführungen an.

Dramaturg Gerold Theobalt hat verschiedene Künstler-Stimmen der Kriegsgeneration von Otto Dix über Max Beckmann bis hin zu Oscar Kokoschka, von Erich Maria Remarque über Ford Maddox Ford bis hin zu Michail Bulgakow zu einer szenischen Collage zusammengetragen.

Regisseur Johannes Klaus setzt das Stationen-Theater in der Industriekulisse mit Studierenden der Bereiche Schauspiel, Musik und Tanz der Folkwang Universität Essen und des Instituts für Bewegtbildstudien der Fachhochschule Dortmund um. Der Dortmunder Filmemacher Adolf Winkelmann und seine Kamerateams greifen mit filmischen Interventionen ein.

Das Theaterprojekt gehört zum Kulturprogramms der Ausstellung »1914 - Mitten in Europa« des LVRIIndustriemuseums und des Ruhr Museums in der Mischanlage der Kokerei Zollverein. Die Ausstellung ist Teil des Verbundprojekts »1914 - Mitten in Europa«, mit dem der Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit verschiedenen Partnern an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren erinnert.



# Kritik an Niebel-Wechsel zu Rheinmetall

## Merkel wusste Bescheid

**Berlin/Düsseldorf** (epd). Oppositionspolitiker und Menschenrechtsorganisationen haben den Wechsel von Ex-Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) zum Rüstungskonzern Rheinmetall kritisiert. Die Bundesregierung bestätigte am 2. Juli, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vorab informiert war. Der Seitenwechsel Niebels befeuerte auch die Debatte um Sperrfristen für ehemalige Spitzenpolitiker, die Jobs in der Wirtschaft annehmen. Die Kanzlerin habe mit Niebel im Vorfeld über seinen neuen Job gesprochen, erklärte die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz. Dabei habe Merkel ihre Haltung deutlich gemacht, dass Regierungsmitglieder zwischen dem Ausscheiden aus dem Amt und dem Einstieg in die Wirtschaft mindestens ein Jahr verstreichen lassen sollten. Wann das Gespräch stattfand, wollte Wirtz nicht sagen.

Niebel hatte sein Amt im Dezember 2013 an Gerd Müller (CSU) übergeben. Von Januar 2015 an wird der ehemalige Zeitsoldat als Berater für den Konzernvorstand von Rheinmetall tätig sein. Der 51-Jährige soll unter anderem die weltweiten Regierungskontakte des Unternehmens ausbauen.

»Noch im Frühjahr kündigte die große Koalition vollmundig einen Gesetzentwurf zur Regelung einer Karenzzeit für ausgeschiedene Regierungsmitglieder an«, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, Britta Haßelmann, dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Darauf warten wir bis auf den heutigen Tag vergeblich.« Die Beratertätigkeit von Niebel unterstreiche, wie notwendig eine solche Regelung sei. Regierungssprecherin Wirtz sagte, dass das Vorhaben noch innerhalb der Koalition diskutiert werde.

Der Seitenwechsel sorgt auch für Kritik, weil Niebel Mitglied im Bundessicherheitsrat war. Das geheim tagende Gremium ist für Waffenexport-Genehmigungen zuständig. »Wenn jemand, der so eng in die Rüstungsexportgeschäfte eingebunden war, zu einer Rüstungsfirma wechselt, ist das ein klares Zeichen, dass das Unternehmen sein Exportgeschäft ausbauen möchte«, sagte der Rüstungsexperte von Amnesty International, Mathias John, dem epd. Niebel habe die völlig verfehlte Waffenexportpolitik der schwarz-gelben Regierung stark mitgeprägt, sagte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter. »Und jetzt, nach nur ganz kurzer Zeit, geht Herr Niebel in die Waffenindustrie und fährt damit die Belohnung für seine verfehlte Politik ein«, kritisierte er.

Rheinmetall bestreitet indes den Vorwurf, Niebel wegen dessen Insider-Wissen aus dem Sicherheitsrat angeworben zu haben. Ein Sprecher des Unternehmens wehrte sich in der »Welt« (Online-Ausgabe) gegen diesen Verdacht. Während Niebels Amtszeit (2009-2013) genehmigte der Sicherheitsrat ein milliardenschweres Rheinmetall-Geschäft mit Algerien. Der Konzern will dort eine Panzerfabrik bauen.

Rheinmetall beschäftigt nach eigenen Angaben weltweit 23.000 Menschen. Das Düsseldorfer Unternehmen erzielte mit den beiden Konzernsparten Automobiltechnik und Rüstung im vergangenen Jahr einen Umsatz von 4,6 Milliarden Euro. Davon entfielen 72 Prozent auf das Auslandsgeschäft.